

Büro HANS-DIETRICH GENSCHER

**Beitrag
von Bundesminister a. D.
Hans-Dietrich Genscher
für die Mitteldeutsche Zeitung (Halle/Saale)**

(Ausgabe vom 28. Oktober 2015)

„Politik des guten Beispiels“

SPERRFRIST: 27.10.2015, 13:00 Uhr

Achtung Redaktionen!! Bitte Sperrfrist beachten!

Deutschland ist nicht schlecht gefahren mit seiner Politik des guten Beispiels in der Europäischen Union. Es gehörte stets zu den Motoren der europäischen Einigung, und das fast immer zusammen mit Frankreich und nach 1989 auch mit Polen – Weimarer Dreieck. Das größte Land der EU und das mit den meisten Nachbarn, also Deutschland, erschien nicht nach Macht lechzender, sondern seiner Verantwortung gerecht werdender Partner – das genau ist die Rolle des Europäischen Deutschlands. Das war nicht nur gut für Europa, das war auch gut für Deutschland selbst. So sollte es deshalb bleiben. Das war nicht so wie die Europagegner es sich gewünscht haben. Um es noch einmal zu sagen: Es wird den Deutschen auf Dauer nicht gut gehen, wenn es seinen Nachbarn auf Dauer schlecht ginge. Die sich als Wahrer deutscher Interessen aufspielenden Europagegner schaden den deutschen Interessen deshalb elementar. Das müssen sich alle diejenigen sagen lassen, die derzeit Front machen, wo immer es geht, gegen die europäische Einigung. Das Ergebnis ist offenkundig. Der Prozess der Entsolidarisierung wird durch solche Stimmen, wenn sie auch aus dem größten Land der EU zu hören sind, verstärkt und nicht überwunden.

Was sich derzeit an Entsolidarisierung in Europa tut, trifft den Einigungsprozess im Kern. Hier geht es um mehr als um Beträge in dieser oder jener Größenordnung. Wenn dann noch die Bundeskanzlerin, die um die Stärkung Europas bemüht ist und auf gemeinsame europäische Verantwortung setzt, im eigenen Land zur Hauptverantwortlichen für die gegenwärtige Situation gemacht wird, in der eigenen Partei sogar, dann ist die Stunde der Europäer gekommen. Hier kann nicht wieder gut zu machender Schaden entstehen.

Deutschland muss sich wie bisher verstehen als Motor der europäischen Einigung und Solidarität. Mit Frankreich, mit Polen und all den anderen. Das ist die ausgestreckte Hand. Das sollte man auch bei der neuen Regierungsbildung in Polen nicht übersehen. Über Jahrzehnte ist in Europa nicht nur Frieden gesichert, sondern etwas ganz Kostbares geschaffen worden, nämlich ein Geist europäischer Verantwortung und Solidarität. Daran sollte jeder bei uns denken und in diesem Geiste auch handeln. Das steht jetzt zur Debatte. Mir scheint, Bundeskanzlerin und Außenminister sind hier auf der richtigen Seite.

Die Politik des guten Beispiels und ein Deutschland, das sich als europäisches Deutschland versteht und sich stets auf seine Grundwerte besinnt, sind mehr denn je das Gebot der Stunde. Die Flüchtlingsfrage ist eine Herausforderung. Um es klar zu sagen, sie ist zu bewältigen. Aber auch nur durch das ganze Europa. Das darf in dieser Stunde niemand vergessen.